

BÜRGERMEISTER*INNEN ALS SÜNDENBÖCKE?

Die Anforderungen an die Bürgermeister*innen werden immer mehr, die Verantwortung und die mit dem Bürgermeisteramt verbundenen Belastungen steigen. Dazu kommt, dass Ortschefs verstärkt wegen Fehlverhaltens der Gemeindeführung in den sozialen Medien an den „Pranger“ gestellt werden, nicht zuletzt aufgrund mangelnden Respekts, Autoritätsverlusts und erhöhter Aggression. Das bestätigt schwarz auf weiß eine aktuelle Bürgermeisterrumfrage, die im Auftrag des Gemeindebundes erstellt und von Demox Research untersucht wurde. 530 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nahmen an der Studie teil – auch meine Einschätzung ist in der Befragung enthalten.

Zuwachs an Verantwortung und Belastung

Konkret geben 73 Prozent der befragten Bürgermeister*innen in der Umfrage an, dass die Ver-

antwortung der Ortschefs deutlich zugenommen hat und sie immer öfter für politische Entscheidungen Rede und Antwort stehen müssen, die auf der Gemeindeebene nicht beeinflussbar sind. Darüber hinaus sagt mehr als die Hälfte der österreichischen kommunalen Spitzenfunktionäre (56 Prozent), dass der Bedarf nach Kommunikation

»Diese Verbundenheit mit der Bevölkerung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Bürgermeisteramtes. Dafür wurden wir an die Spitze unserer Gemeinden gewählt, das ist unsere Aufgabe, dafür sind wir da. Das ist gelebte Bürgernähe.«

und Einschreiten, z. B. bei Interessenskonflikten oder zwischen den Generationen, zugenommen hat. Und 76 Prozent der Befragten meinen, dass sie in ihrer Funktion als Bürgermeister*in unverhältnismäßig oft bei Fehlverhalten der Gemeindeverwaltung online angefeindet werden.

All das sind Tatsachen, die ich einerseits aus meiner Erfahrung als Bürgermeisterin nur zu gut

kenne. Andererseits zeigt mir auch mein Beruf als Psychotherapeutin, dass die Anforderungen an das Amt des Bürgermeisters schwieriger werden. Und das nicht nur deswegen, weil die Pflichtaufgaben für die Gemeinden immer komplexer werden und die Gemeinden zunehmend Aufgaben übernehmen müssen, für die sie gar nicht zuständig

sind. Nein, es betrifft vielmehr die emotionale Ebene, die mit einer großen äußeren, aber vor allem inneren Stressbelastung einhergeht.

Wenn man sich das Aufgabengebiet von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern genauer anschaut, dann gibt es kaum einen Bereich, für den man nicht zuständig ist. Schließlich ist man als Bürgermeister durch die



Köstendorf/Salzburg
Einwohner: 2.670
Bürgermeister: Wolfgang Wagner

Chronologie der Angst

■ Im **November 2003** wurde auf Johann Straner, Bürgermeister von Fohnsdorf, geschossen.

■ Im **Februar 2008** erhielt Hannes Hirtzberger, Bürgermeister von Spitz an der Donau, eine vergiftete Packung „Mon Cheri“.

■ Im **März desselben Jahres** wurden Säureattentate auf drei Gemeindemandatare aus Weißkirchen in Oberösterreich verübt.

■ Im **Februar 2010** erhielt Walter Erhard, Bürgermeister von Ansfelden, zwei tote Mäuse mit einem Beschimpfungsbrief per

Post. Es ist immer noch ungeklärt, ob sich Erhard deswegen einen Monat später selbst das Leben nahm.

■ Im **August 2010** wurde der Fall eines niederösterreichischen Vizebürgermeisters bekannt, der seit Jahren mit Bedrohungen und Vandalismus zu kämpfen hat. In diesem Zeitraum wurden die Reifen seines Autos insgesamt 25 Mal zerstört.

■ Im **September 2010** wurden die Autoreifen der Ortschefs von Albrechtsberg und Gföhl gelockert.

■ Im **selben Monat** erlebte Pauline Sterrer, Bürgermeisterin der Gemeinde Rüstorf im Bezirk Vöcklabruck, den Höhepunkt von Drohungen, mit denen sie sich schon seit zwei Jahren konfrontiert sah. Sie erhielt unter anderem auch eine Packung „Mon Cheri“.

■ Adolf Hinterhölzl, Bürgermeister von Eidenberg, fand im **Jänner 2011** eine tote Maus in der Post.

■ Im **selben Monat** fand Werner Huf, Bürgermeister von Müllendorf, in seiner Post eine (nicht vergiftete) Packung „Mon Cheri“.

unmittelbare Bürgernähe und die direkte Erreichbarkeit erste Ansprechperson für alle Fragen – egal, zu welcher Tages- und Nachtzeit, egal ob privat oder beruflich. In der Gemeinde ist man immer für seine Bürger da. Diese Verbundenheit mit der Bevölkerung ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Bürgermeisteramtes. Dafür wurden wir an die Spitze unserer Gemeinden gewählt, das ist unsere Aufgabe, dafür sind wir da. Das ist gelebte Bürgernähe.

Bürgermeister*innen als Zielscheiben

Eine Entwicklung, die sich in den letzten Jahren allerdings negativ eingeschlichen hat und

den politischen Alltag in den Gemeinden erschwert, ist der Umgangston. Sei es in der realen Face-to-Face-Kommunikation mit Bürgern oder virtuell im Internet: Die Anfeindungen werden größer, Kritik lauter und persönliche Interessen werden auf Kosten der Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt. Dazu kommt, dass die „Klageflut“ zugenommen hat und die Hemmschwelle für persönliche Attacken deutlich gesunken ist. Zunehmend haben es Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit Grenzüberschreitungen zu tun, die bei verbalen Drohungen anfangen und bis zu körperlichen Übergriffen oder Morddrohungen reichen. Immer mehr Bürgermeister fühlen sich als

Zielscheibe von Hass und Frust einzelner Gemeindebürger.

Die Bandbreite dafür ist groß: Im Jahr 2008 erschütterte ein tragischer Vorfall ganz Österreich: Der damalige Bürgermeister von Spitz an der Donau, Hannes Hirtzberger, wurde mit einer Praline vergiftet und entkam nur knapp dem Tod; er ist bis heute ein Pflegefall. Verurteilt wurde wenig später ein offenbar enttäuschter Gemeindebürger, der dem Bürgermeister das mit Strychnin versetzte „Mon Cherie“ mit einer Grußkarte aufs Auto gelegt hatte.

Auch ein Fall in Kärnten letzten Sommer erregte enorme mediale Aufmerksamkeit: An den Arnoldsteiner Bürgermeister Erich

BÜRGERMEISTER*INNEN ALS SÜNDEBÖCKE?

Kessler wurden persönliche Bombendrohungen adressiert, mit der Aufforderung zurückzutreten. Viermal musste das Gemeindeamt evakuiert werden. Sicherheitsvorkehrungen wurden installiert, der Parteienverkehr wurde ausgelagert – Bombe wurde zum Glück nie eine gefunden, der Täter hingegen nach Monaten geschnappt. Er zeigte sich geständig, auch wenn es kein Motiv für die Tat gab.

In der Steiermark wurde die Vizebürgermeisterin der Gemeinde Teufenbach-Katsch, Lydia Künstler-Stöckl, im Herbst des vergangenen Jahres telefonisch bedroht, für den Fall, dass sie Bürgermeisterin werden sollte, in Niederösterreich musste Bürgermeister Markus Beier aus Zellerndorf das Gemeindeamt im letzten Jahr sperren, nachdem er via Facebook eine Nachricht mit bedrohlichem Inhalt erhielt. Die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen.

Verbale und tätliche Gewalt

Eine Studie von KOMMUNAL in Deutschland belegt übrigens, dass 40 Prozent aller befragten Rathäuser bereits von Stalking, Beschimpfungen und Drohungen betroffen waren. In jeder zwölften Stadt und Gemeinde sind Mitarbeiter oder Amtsträger bereits Opfer körperlicher Gewalt im Amt geworden. 7,8 Prozent der Befragten gaben an, körperliche Angriffe selbst erlebt oder beobachtet zu haben. Demnach hat sich die Zahl der Gewalttaten innerhalb von zwei Jahren um 25 Prozent erhöht. Von den Kommunen, die sich an der Um-

»Ich sehe hinter der steigenden Anzahl an Übergriffen ein zunehmendes gesellschaftliches Problem. Das aggressive Verhalten nimmt zu, die Hemmschwelle sinkt.«

frage beteiligten, gaben vier von zehn an, mit verbalen Drohungen zu kämpfen. Dabei machen Beschimpfungen in den sozialen Netzwerken etwa die Hälfte aller Fälle aus. 46,5 Prozent der Befragten wurden demnach in

direkten Gesprächen mit Bürgern beschimpft oder bedroht, 29,3 Prozent der Befragten wurden bei Veranstaltungen verbal angegriffen.

Ein weiterer Aspekt, der die Situation befeuert und die Folge unserer schnelllebigen, digitalen und globalisierten Welt ist, ist die Tatsache, dass immer mehr Bürger*innen die Zeit im Internet verbringen und damit auch den Dialog zu Politiker*innen verstärkt über die sozialen Medien suchen. Und auch dort begegnet diesen teils heftiger Gegenwind. Studien zeigen, dass vor allem Politikerinnen im Netz immer mehr mit gehässigen und beleidigenden Kommentaren konfrontiert werden. Aussehen, Kleidung, Geschlecht, Verhalten: All das ist Inhalt der Anfeindungen, die sich oft weit unterhalb der Gürtellinie abspielen. Hier braucht es noch bessere und vor allem gezielte Unterstützung für die Betroffene.

nen: Es braucht Schulungen und Informationen, wie man sich wehren und schützen kann. Das gilt für Frauen wie für Männer. Nach einer KOMMUNAL-Umfrage kommt fast die Hälfte der Beschimpfungen, die Bürgermeisterinnen wie Bürgermeister erleben, aus dem Internet.

Generell steigen Hass und Aggression in den sozialen Medien – und auch die Sensibilisierung dafür und damit die Anzeigen. Das belegen die Zahlen des Justizministeriums. Von 2015 bis 2018 haben sich die Anzeigen wegen „Hass im Netz“ auf 1.003 fast verdoppelt. Es gab im Vorjahr schließlich 154 tatsächliche Anklagen und 72 Verurteilungen. Seit Jahren wird über die Problematik der Hetze in der digitalen Welt diskutiert und neue Gesetze werden gefordert.

Wer schützt die Bürgermeister*innen?

Während Privatpersonen immer besser durch den Datenschutz

geschützt werden, ist bei Politikern hingegen alles erlaubt: Medien dürfen ohne Nachfrage Fotos veröffentlichen, ohne Nachfrage Artikel verfassen, einen in Misskredit bringen. Manchmal kommt es zu Grenzüberschreitungen, wodurch die Bürgermeister*innen von Bürger*innen teilweise persönlich verantwortlich gemacht werden, für Dinge außerhalb unserer Wirkungsmacht. Dasselbe gilt bei Klagen, die sich sehr oft im Nachhinein als haltlos herausstellen. Da geht es um lange Prozesse, unter denen die Betroffenen leiden, psychisch wie physisch. Ich habe das bei Kolle-

»Die Seele hat keine dicke Haut. Kränkungen kränken immer, Verletzungen werden immer weh tun.«

gen erlebt, bei denen durch den Vorwurf des Amtsmissbrauchs die ganze Existenz ins Wanken geriet – der sich schließlich als gegenstandslos herausstellte. In solchen Situationen reicht es nicht, sich die sprichwörtliche „dicke Haut“ zuzulegen.

Noch erschütternder als die Angriffe selbst ist für die Betroffenen die Gleichgültigkeit, mit der diese oft abgetan werden. Da heißt es dann: „als Politiker müsse man das aushalten“, oder „es sei eben Teil des Berufs.“ Aber wir sind alle Menschen und haben uns genauso ein Mindestmaß an Respekt und Schutz verdient. Denn eines darf uns bewusst sein: Meine Freiheit geht so weit, wo die Freiheit des anderen beginnt. Viele Amtskollegen, aber vor allem Amtskolleginnen bekommen dies zunehmend zu hören. Ich sehe hinter der steigenden Anzahl an Übergriffen ein zuneh-

menes gesellschaftliches Problem. Das aggressive Verhalten nimmt zu, die Hemmschwelle sinkt. Es scheint, als wäre es für viele völlig in Ordnung, mit Bürgermeistern so umzugehen oder ihren Frust an Bürgermeistern abzulassen und diese als „Sün-

BÜRGERMEISTER*INNEN ALS SÜNDENBÖCKE?

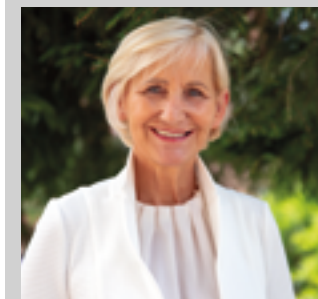
denbock“ für all ihre Probleme zu missbrauchen.

Respekt & Toleranz

Doch klar ist: Die Seele hat keine dicke Haut. Kränkungen kränken immer, Verletzungen werden immer weh tun. Wir haben aber in der Hand, wie wir damit umgehen können. Wer Gewalt oder Kränkung am eigenen Leib erfahren hat, braucht Strategien, um mit dem Erlebten umzugehen. Gerade bei heftigen Fällen stehen Bürgermeister dabei auch vor der Frage: Sollen sie weitermachen oder aufhören? Dem Gemeindebund ist bewusst, dass es hier verstärkt Unterstützung und Angebote braucht. Nicht umsonst gibt es eine enge Kooperation mit dem Fonds Gesundes Österreich, aber auch ein Angebot an internen Netzwerktreffen und Workshops, die neben kommunalen Fachthemen auch auf Kompetenzen im Umgang mit Konflikten abzielen. Das ist notwendig, um die eigenen Ressourcen zu stärken und psychisch gesund zu bleiben.

Von Sicherheitsmaßnahmen im herkömmlichen Sinn als Mittel der Konfliktbekämpfung halte ich wenig. Zugangskontrollen oder Überwachung in den Gemeindeämtern sind sicher nicht der richtige Weg. Es ist als Bürgermeister unsere ureigene Aufgabe, im Kontakt mit den Bürgern zu sein, erreichbar zu sein. Es gehört für uns auch dazu, greifbar zu sein, bei den Menschen zu sein.

Ich denke, der Großteil der Leute hat keine bösen Gedanken oder Absichten gegenüber Bürgermeistern. Ich sehe jetzt auch nicht ein Patentrezept hin zu weniger Gewalt, sondern nur den unumgänglichen Weg der Bewusstseinsbildung: Was es braucht, ist ein respektvoller Umgang, ein wertschätzendes Miteinander, Toleranz und Akzeptanz. Denn die Aufgabe und das Amt haben viele schöne Seiten und gerade deshalb bemühen wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister uns weiterhin, dass wir behutsam mit den Menschen umgehen, die uns anvertraut sind.



Sonja Ottenbacher

ist seit 2004 Bürgermeisterin der Gemeinde Stuhlfelden im Bundesland Salzburg. Von 2009 bis 2013 war sie im Salzburger Landtag tätig, seit 2014 ist sie im Vorstand des Salzburger Gemeindeverbandes. Seit März 2019 ist sie außerdem Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes.